

KOLUMBIEN

Friedensfeinde weiter auf Vormarsch



Auch eine Guerillera macht mal Pause: Schachspiel im Hauptquartier der "Revolutionären bewaffneten Streitkräfte Kolumbiens" FARC (Foto: Jens Holst/version)

Die Nationale Befreiungsarmee ELN bricht Gespräche mit der kolumbianischen Staatsführung ab. Ungeachtet dessen führen Regierung und USA ihren Kurs im "Kampf gegen den Terrorismus" fort und unterstützen Militärs und Paramilitärs.

Jeder, der nicht bedingungslos auf der Seite der Armee steht, muss um sein Leben fürchten. Über 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge zeugen in Kolumbien von dem Ausmaß an Terror und Gewalt, das Armee und die mit ihr zusammen arbeitenden rechtsextremen Paramilitärs im Land verbreiten. Jedes Jahr fallen dem Terror Tausende von Menschen zum Opfer, Gewerkschafter, Bauern, Menschenrechtler - der gnadenlose Krieg der kolumbianischen Oligarchie gegen die Bevölkerung hat das Land in den Zustand eines Dauerkrieges geworfen.

Die von Präsident Andrés Pastrana öffentlichkeitswirksam gestalteten "Gespräche" mit den zwei größten Guerilla-Organisationen des Landes haben bisher keinerlei Ergebnisse gezeigt. Weder mit der eher traditionell marxistisch ausgerichteten FARC (Revolutionäre bewaffnete Streitkräfte Kolumbiens), die mit schätzungsweise 15.000 bewaffneten KämpferInnen die größte Guerilla des Landes ist, noch mit der Nationalen Befreiungsarmee ELN, die etwa halb so viele Aktive zählt, und eine eher undogmatische marxistische und bewegungsorientierte Politik vertritt.

Anfang April hatten die Einheiten der landesweit als "Vereinte Selbstverteidigung Kolumbiens" operierenden

Paramilitärs etwa 40 Bauern, die sie der Zusammenarbeit mit der Guerilla beschuldigten, teilweise mit Motorsägen massakriert. Die ELN verkündete daraufhin die Einstellung der Gespräche mit der Regierung. Comandante Pablo Beltrán, Mitglied des Zentralkommandos (Coce) der ELN warf der Regierung in einem Radiokommentar vor, keinen Willen zur Bekämpfung der Paramilitärs und ihrer Allianz mit dem Militär zu besitzen. Zudem habe die Regierung Vereinbarungen über Sicherheitsgarantien für das Coce und die Zusage zur Einstellung nicht eingehalten.

Massaker mit Motorsägen

Pastrana hatte unlängst der ELN zugesagt, die Besprühungen aus der Luft mit dem Herbizid Glyphosat einzustellen. Das vom Chemiekonzern Monsanto unter dem Markennamen Round-up vertriebene Herbizid Glyphosat führt zu schweren gesundheitlichen Schädigungen bei der Bevölkerung der betroffenen Gebiete und zur umfassenden Vernichtung jeglicher Vegetation. Die Herbizidbesprühungen finden im Rahmen des "Plan Colombia" der Regierung statt. Dieser hat einen Gesamtumfang von über zehn Milliarden Dollar, von dem der größte Teil aus direkter Militärhilfe aus dem Ausland

besteht. Allein in diesem und im vergangenen Jahr machten die USA 1,3 Milliarden Dollar dafür locker. Trotz gegenteiliger Erklärungen werden die Besprühungen fortgesetzt - die entsprechenden Polizeieinheiten verkündeten, sie hätten nie eine anders lautende Anweisung erhalten.

Erst vor wenigen Monaten hatte amnesty international die US-Regierung aufgefordert, jegliche Militärhilfe für Kolumbien einzufrieren, bis eine Untersuchung die Rolle des US-Geheimdienstes CIA beim Aufbau der kolumbianischen Paramilitärs Anfang der 90er Jahre klärt. CNN und die Tageszeitung "Philadelphia Inquirer" hatten Unterlagen veröffentlicht, gemäß derer unter anderem US-Army, CIA und FBI die kolumbianische Polizei für den Kampf gegen die Organisation des Drogenhändlers Pablo Escobar ausbildete.

"Die Feinde des Friedens widersetzen sich den Veränderungen. Die wiederholten Wortbrüche in der Regierung zeugen vom fehlenden Willen, Gespräche mit der ELN aufzunehmen und aus diesem Grund sehen wir uns gezwungen eine unbefristete Aufhebung der Gespräche zu erklären", kommentierte Beltrán die Entscheidung der ELN. Zugleich verkündete die Guerilla, die Kontakte mit denjenigen, die den Friedensprozess begleitet haben, weiter

aufrecht zu erhalten. Während die FARC seit mehr als einem Jahr über eine 42.000 Quadratkilometer große, entmilitarisierte Zone im südlichen Caguán verfügt, zeigten die Gespräche der Regierung mit der ELN über entmilitarisierte Zone kein Ergebnis.

Die ELN versucht seit etwa zwei Jahren eine solche Zone in der Nähe von Barrancabermeja im Süden der Region Bolívar, zu bekommen. Ihr Ziel war es, dort eine "Nationalkonvention" abzuhalten, in der eine Woche lang mit Delegierten aller gesellschaftlichen Kräfte über gesellschaftliche Alternativen debattiert werden sollte. Die Regierung hatte jedoch vorgeschlagen, die ELN möge dieses Treffen im Ausland organisieren. Wenn es nicht möglich sei, eine solche Konvention in Kolumbien durch zu führen, dann gäbe es auch keine Bedingungen für einen Frieden, so die Antwort von Comandante Beltrán.

Die Regierung ließ ihren vielen Absichtserklärungen und Friedensbekenntnissen keine entsprechenden Taten folgen. Im Gegenteil: In der Region, die entmilitarisiert werden sollte, begann die Armee mit einer Offensive unter dem Titel "Operation Bolívar". Über 1.000 Paramilitärs wurden in das traditionelle ELN-Gebiet verlegt, die dort und in der benachbarten Stadt Barrancabermeja Hun-

derte von Menschen ermordeten. Kurz vor Ostern übergab die ELN der Regierung umfassende Beweise für eine Allianz zwischen Paramilitärs und Armeeangehörigen im Süden Bolívars.

Die Paramilitärs, die sich aus dem Drogenhandel und Geldern der kolumbianischen Oligarchie finanzieren, zahlen einfachen Mitgliedern 500.000 kolumbianische Pesos im Monat, das sind umgerechnet etwa 220 US-Dollar, für den Großteil der kolumbianischen Bevölkerung ein hoch bezahlter Job.

Operation Bolívar statt Entmilitarisierung

Den Staatsoberhäuptern bereitet derzeit vor allem eines Sorgen: das Bündnis, das FARC und ELN zur Bekämpfung der Paramilitärs geschlossen haben. Denn offensichtlich hat sich das Verhältnis zwischen den beiden Organisationen, die einst zusammen kämpften, wieder verbessert. Das gefällt der kolumbianischen Regierung nicht, sie versuchte immer wieder, beide Guerillas gegeneinander auszuspielen. Wurde lange Zeit die FARC in Gesprächen "bevorzugt behandelt", scheint man nun die Taktik zu wechseln. Trotz des Abbruchs der Gespräche von Seiten der ELN wurde in den vergangenen Tagen immer wieder betont, Gespräche mit der ELN seien aussichtsreicher als mit der FARC.

Für die Wiederaufnahme der Gespräche stellt die ELN jedoch drei Bedingungen: Die Entschädigung der von den Herbizidbesprühungen betroffenen Bauern in dem Gebiet; ein entschiedenes Vorgehen der Regierung gegen den Paramilitarismus und die Vereinbarung eines Termins für die Nationalkonvention und das zu entmilitarisierende Gebiet. Ansonsten würde man die Amtsübernahme des nächsten kolumbianischen Präsidenten im August 2002 abwarten, um die Möglichkeiten für ernsthafte Verhandlungen zu sondieren.

In der nahe dem zu entmilitarisierenden Gebiet gelegenen Erdölstadt herrscht mittlerweile eine angespannte Ruhe. Lange Jahre zeigte hier die ELN starke militärische und politische Präsenz, bis vor etwa drei Jahren Paramilitärs und Armee gemeinsam angingen, die Stadt zu durchkämmen und seitdem über 1.000 Personen töteten. Heute bewegen sich in Barrancabermeja die Paramilitärs ganz selbstverständlich in friedlicher Einheit mit der Armee. Doch bis zur nächsten Offensive der ELN ist es wohl nur eine Frage der Zeit.

Dario Azzellini

Dario Azzellini ist freier Journalist und lebt in Berlin. Er reist regelmäßig nach Lateinamerika und berichtet zuletzt für die WOXX im Dezember 2000 über den Marsch der Zapatisten in Mexico.